

01) Warum Niederschlesien nicht in den Namen des Freistaates Sachsen aufgenommen wurde

Pesterwitz, 31. Januar 2022

Liebe Freunde Niederschlesiens!

Warum Niederschlesien nicht in den Namen des Freistaates Sachsen aufgenommen wurde

Immer wieder beklagen Leser dieser Internetseite, die den bei Deutschland verbliebenen Teil Niederschlesiens als ihre Heimat betrachten, dass „Restniederschlesien“ weder ein eigenes Bundesland, noch ein Regierungsbezirk oder Landkreis geworden ist. Sie meinen, die Menschen aus Vorpommern seien durch die Aufnahme der Bezeichnung „Vorpommern“ in den Namen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und bei der Verwaltungsgliederung besser berücksichtigt worden. Dies führt bei vielen bewussten Niederschlesiern zu Verbitterung. In Leserbriefen, Internetforen und Schreiben an Minister und Ministerpräsidenten erklären Sie Ihren Unmut, ohne dass sie durch die Antworten auch nur halbwegs zufriedengestellt werden.

In einigen Leserbriefen in einer Görlitzer Tageszeitung wurde sogar die Auffassung vertreten, dass der Verzicht auf die Einrichtung einer selbstständigen Verwaltungseinheit Restniederschlesien eine Verletzung des Völkerrechts war. Dem kann nicht zugestimmt werden. Die preußische Provinz Schlesien war kein Völkerrechtssubjekt, sondern eine Verwaltungseinheit, eine Provinz, innerhalb des preußischen Staates. Für die Provinzregierung von Schlesien hat es nach dem Krieg keinen legitimen Rechtsnachfolger gegeben. Im Übrigen spricht vieles dafür, dass der Staat Preußen und mit ihm die Provinz Schlesien bereits durch den „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932, eine Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg, seine Handlungsfähigkeit verloren und nie wieder erlangt hat. Die Frage, ob und in welcher Form Rest Niederschlesien eine eigene Verwaltungseinheit bildet, ist daher nicht nach Völkerrecht, sondern nach innerstaatlichem Recht zu beurteilen.

Der Hinweis auf Mecklenburg-Vorpommern hilft weder politisch noch rechtlich weiter; denn in Mecklenburg-Vorpommern war die historische Lage ganz anders. Einerseits stellt der Anteil Vorpommerns an der Gesamtfläche des neuen Bundeslandes prozentual einen deutlich höheren Anteil als Restniederschlesien an der Gesamtfläche des Freistaates Sachsen. Außerdem sind die historischen Bedingungen anders. Mecklenburg-Vorpommern besteht aus 3 Landesteilen: Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strehlitz und Vorpommern. Ferner bildete Vorpommern bereits seit Jahrhunderten eine oder mehrere Verwaltungseinheiten. Erst 1815 kam schwedisch-Vorpommern zu der preußischen Provinz Pommern. Nur am Rande sei erwähnt, dass das angeblich so militaristische Preußen diesen Gebietsgewinn nicht durch Krieg, sondern durch einen Kauf erreicht hat.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die bis zum Zweiten Weltkrieg bestehenden Grenzen zwischen Preußen und Sachsen das Siedlungsgebiet der Sorben durchschnittlich haben. In Preußen war das Siedlungsgebiet der Sorben außerdem auf die Provinzen Brandenburg und Schlesien verteilt. Die Sorben wurden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts benachteiligt und in der NS-Zeit verfolgt. Sie haben trotzdem ihre Identität bewahrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wünschten sie sich eine Vereinigung mit Tschechien. Nach der Wiedervereinigung hofften sie, ein eigenes Bundesland zu bekommen, das Teile von Brandenburg, Niederschlesien und Sachsen umfassen sollte. Obwohl die Sorben viel aktiver waren als die Niederschlesier, wurden ihre Wünsche nicht erfüllt.

Man muss daher konstatieren, dass eine Regelung, die sowohl die Interessen der Sorben und der Niederschlesier zusammen geführt hätte eine Quadratur des Kreises gewesen wäre.

Bei Verabschiedung der sächsischen Verfassung wurde der zukünftigen Status des bei Deutschland verbliebenen Teils Niederschlesiens durchaus ernsthaft und tiefgründig diskutiert. Über diese Beratungen hat Professor Volker Schimpff vor einigen Jahren vor dem Verein Erinnerung und Begegnung detailliert berichtet.

Die sächsische Verfassung enthält zwei wichtige Bestimmungen, die Niederschlesien betreffen:

In Satz 1 der Präambel heißt es: „Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes,... hat sich das Volk im Freistaat Sachsen... diese Verfassung gegeben.

In Art. 2 Abs. 4 wird ausgeführt: „Im Siedlungsgebiet der Sorben können neben den Landesfarben und dem Landeswappen Farben und Wappen der Sorben, im schlesischen Landesteil des Landes die Farben und das Wappen Niederschlesiens, gleichberechtigt geführt werden.“

Die Beachtung dieser Rechte haben die Niederschlesier in der Vergangenheit viel zu selten gefordert.

Auch der Hinweis, dass Bremen ein Bundesland geblieben ist, obwohl der Stadtstaat über weniger Einwohner verfügt als die Stadt Leipzig, und der Landkreis Lüchow-Dannenberg trotz seiner weniger als 50.000 Einwohner alle Gebietsreformen überstanden hat, hilft nicht weiter. In beiden Fällen muss man davon ausgehen, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die von den Parlamentariern und Regierungen nicht übergangen werden konnte, den Weiterbestand dieser Verwaltungseinheiten gefordert hat. Dies war in Rest Niederschlesien nicht der Fall. Außerdem ging es in beiden Fällen nicht um eine Neueinrichtung, sondern um den Fortbestand von Verwaltungseinheiten.

Andere frühere Länder oder Landkreise hatten weniger Glück. Nach dem Krieg verloren die Länder Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bückeburg ihre Selbstständigkeit und wurden mit der Provinz Hannover zu dem Land Niedersachsen vereinigt.

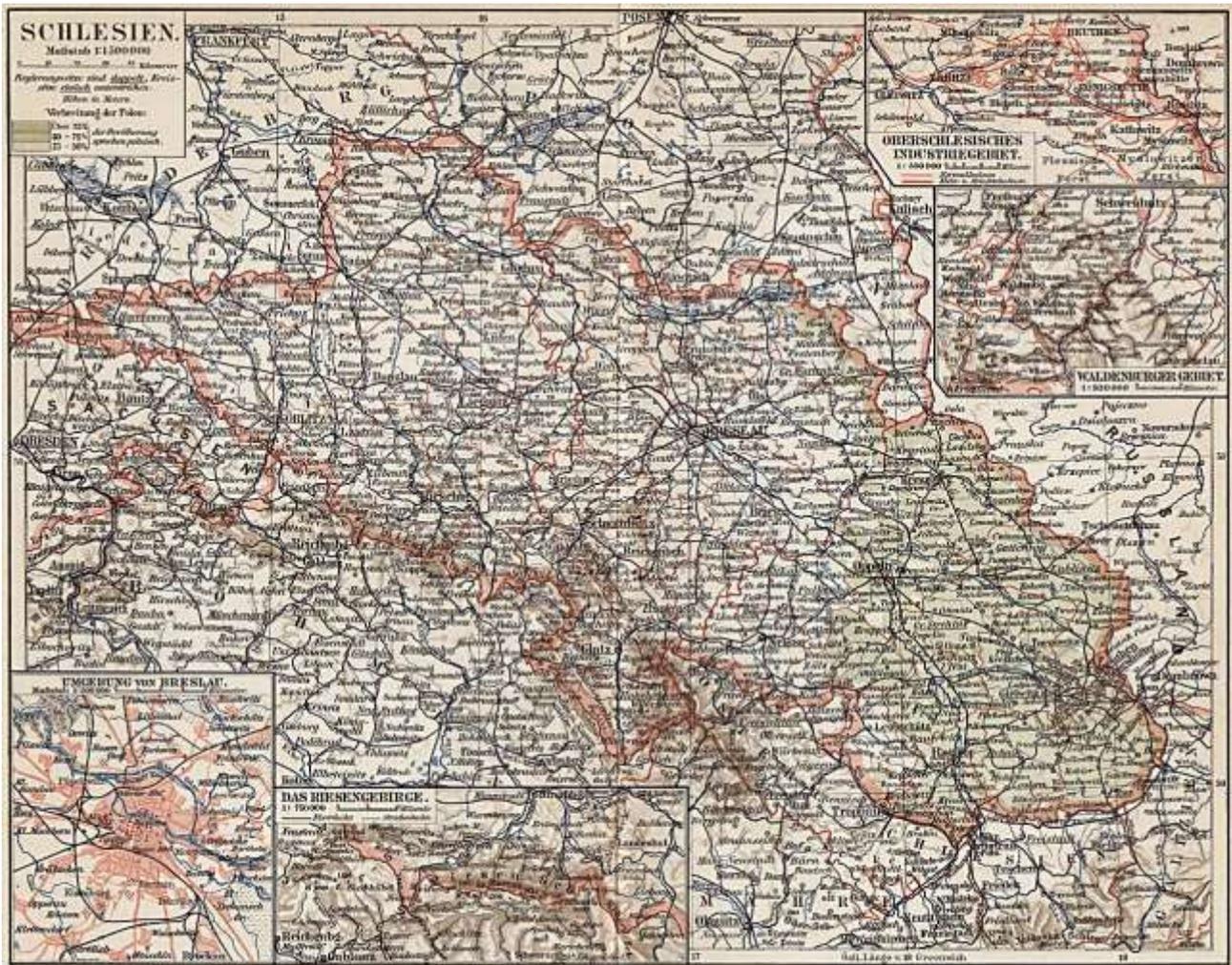
Die Animositäten und die gegenseitige Abneigung zwischen den Ostfriesen und den Oldenburgern sind größer als zwischen den Sachsen und den Brandenburgern. Trotzdem wurden 1978 die Regierungsbezirke Aurich und Oldenburg zusammengelegt. Ähnliche Beispiele gab es in Baden-Württemberg.

Die genannten Entwicklungen zeigen ganz deutlich, dass die Verwaltungsgliederung sich in Deutschland ständig ändert.

Sachsen hat sich durch den Zuschnitt der Kreise mehrfach geändert. Das Dorf Pesterwitz gehörte nach der Wiedervereinigung zum Kreis Freital. Der Kreis Freital wurde mit dem Kreis Dippoldiswalde zusammengelegt und dieser neue Kreis später mit anderen Kreisen zu dem Kreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge vereinigt.

Auch in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich und Polen, ändern sich die Verwaltungsgrenzen oft. Allerdings werden die Verwaltungseinheiten nicht kleiner, sondern immer größer.

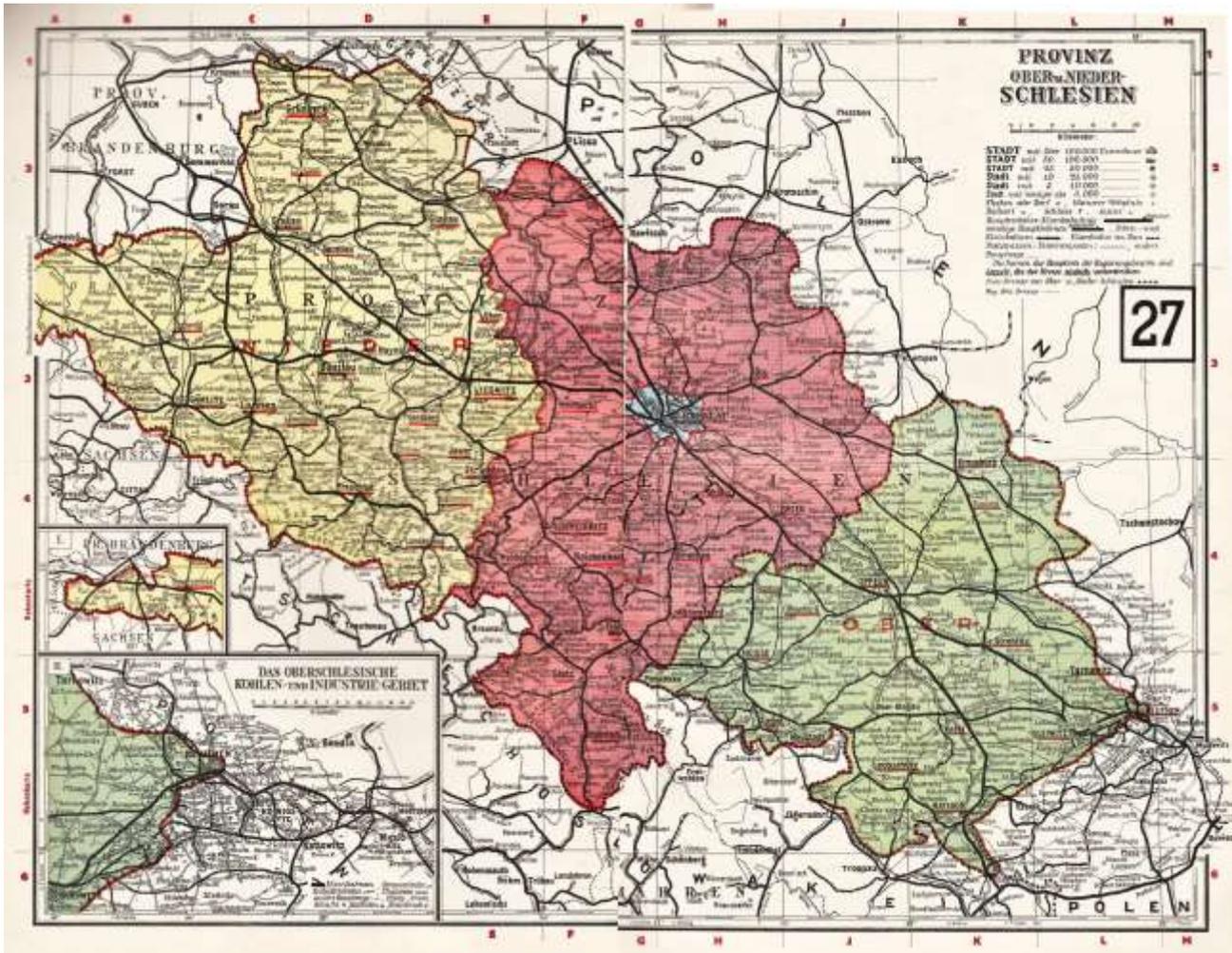
Sachlich gerechtfertigt ist eine Auseinandersetzung mit dem obigen Thema eigentlich nicht. Einerseits beharrt nur eine verschwindende Minderheit der Bewohner in Restniederschlesien auf einer eigenen Verwaltungseinheit und zum andern lenkt dieser Streit von der viel wichtigeren Aufgaben ab: Der Erhaltung der Kultur der Menschen in der Schlesischen Lausitz, soweit sie nicht zum Volk der Sorben gehören. Auf diesem Feld kann man mit wenig Aufwand viel erreichen; denn an den Regionalkulturen und regionalen Sprachen und Dialekten besteht ein wachsendes Interesse der Wissenschaft. Wer sich für diese Themen einsetzt, kann mit der Zustimmung der Wissenschaft rechnen. Anders als bei der Frage, ob und wie man die Politik dazu bewegen kann, eine selbstständige



Preußische Provinz Schlesien um 1905



Schlesien 1905



Provinz Ober- und Niederschlesien, 1930 von Susanne Kämmner

02) Braunkohlentagebau Tüschau / poln. Turów bei Reichenau poln. Bogatynia:

„Junge Freiheit“ meldet:

Die Polen baggern ungehindert weiter. Energiepolitik: Prag und Warschau haben für 45 Millionen Euro einen Kompromiß zum Braunkohletagebau Turów östlich der Neiße gefunden.

PAUL LEONHARD

Unverdrossen befördern die Baggerriesen braunes Gold auf Förderbänder. Die Maschinisten dürften wenig mitgekommen haben vom Streit ihrer Regierung mit der benachbarten Tschechei und dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Keine Nacht wurde das Licht auf den Anlagen ausgeschaltet, keine Schicht ist ausgefallen, kein Złoty weniger stand auf der Gehaltsabrechnung. Und es geht in Turów unweit von Reichenau (Bogatynia) immer tiefer in die Erde. Bis mindestens 2026 werden die polnischen Bergleute Braunkohle aus dem einst sächsischen Tagebau östlich der Lausitzer Neiße abbauen, dessen benachbartes Kraftwerk sieben Prozent der landesweit benötigten Energie produziert.

Nur die Gewinne der halbstaatlichen Aktiengesellschaft Polska Grupa Energetyczna (PGE) werden etwas kleiner ausfallen. Dafür kann der Staat wohl wieder Corona-Fördermittel von der EU beziehen. Von der Befürchtung, daß der Tagebau die nordböhmischen Trinkwasservorkommen bedrohe, ist keine Rede mehr, auch nicht von der Umwelt-

verträglichkeitsprüfung. Die Mitteilung, daß sich der Prager Premier Petr Fiala und sein Warschauer Amtskollege Mateusz Morawiecki vorige Woche auf den Bau eines Erdwalls gegen Lärmbelästigungen und auf Ausgleichszahlungen verständigt haben, hat die grenzüberschreitend agierenden Umweltverbände schockiert, die auf ein schnelles Ende des „klimaschädlichen Tagebaus“ gehofft hatten.

Kohleverstromung bis 2049 und AKW-Bau in Pommern geplant

Da Prag seine EuGH-Klage zurückzieht, können die Richter nicht das für Mai erwartete Urteil zur Staatenklage Prags sprechen. Dennoch will die EU die gegen Polen aufgelaufenen Strafzahlungen von 15 Millionen Euro durch Abzug von anderen EU-Zuwendungen „eintreiben“. So sind die auf fünf Jahre gestreckten Ausgleichszahlungen von 45 Millionen Euro „Peanuts“ gemessen an der Geldstrafe von täglich 500.000 Euro, zu deren Zahlung die Luxemburger EuGH-Richter Polen verdonnert hatten, sollte der PGE-Konzern nicht mit sofortiger Wirkung die Kohleförderung einstellen.

Der Kompromiß ist eine unerwartete Niederlage für jene EU-Granden, die auch in anderen Bereichen die widerspenstigen Polen (Stichwort: Einwanderung von Muslimen) zur Raison bringen wollten. Und der polnische Klimaminister Aleksander Brzózka hatte im Mai 2021 gesagt, das Urteil sei aus den Fingern gesaugt und entbehre jeder rechtlichen Grundlage. Der EuGH dürfe nicht „in Sicherheitsbelange eingreifen“, zu der die Energieversorgung zähle. Und offenbar funktioniert auch die Zusammenarbeit der eurokritischen Parteien: Fialas ODS und Morawieckis PiS sind beide Mitglied der Europäischen Konservativen (EKR), zu der auch die rechte Fratelli d'Italia, die Schwedendemokraten (SD) oder die spanische Vox gehören.

Dieser polnischen Regierung dürfe man „nicht trauen, eine Postkarte zu unterschreiben, geschweige denn ein verantwortungsvolles Klimaversprechen“, schimpft hingegen Kathrin Gutmann, langjährige BUND-Funktionärin und seit 2020 Kampagnenchefin der NGO Europe Beyond Coal. Gemünzt ist das auf die Unterzeichnung des „Global Coal to Clean Power Transition Statement“ bei der Glasgower UN-Klimakonferenz, nach dem „große Volkswirtschaften“ schon in den 2030er

Jahren aus der Kohleverstromung aussteigen und die übrigen erst in den 2040er Jahren. Für Warschau bleibt es bei der Kohleverstromung bis 2049, wie es den polnischen Gewerkschaften versprochen wurde. Man sei ja keine große Volkswirtschaft, so Brzózka.

Auch dürfte Warschau das Papier nur unterschrieben haben, weil es sonst zwei Milliarden EU-Fördermittel verliert. In Polen stammen schließlich über 70 Prozent des Stroms aus Braun- und Steinkohle. Das erste Kernkraftwerk soll ab 2026 im hinterpommerschen Chotzchow (Choczewo) bei Lauenburg (Łębork) gebaut werden. Das AKW mit einem Gigawatt Leistung (die Hälfte des Kraftwerks Turów) soll frühestens 2033 ans Netz gehen, weitere fünf dann bis 2043. Immerhin hat die EU einen 17,5 Milliarden Euro schweren Fonds für die Umstrukturierung der Kohleregionen aufgelegt: „Der Übergang wird auf eine faire Art und Weise stattfinden – oder er wird überhaupt nicht stattfinden, weil die Menschen ihn dann nicht akzeptieren werden“, gestand der sozialdemokratische EU-Klimakommissar Frans Timmermans 2021 ein.

PGE Capital Group:
▶ elturow.pgegiek.pl

Seite 11 aus „Junge Freiheit“ vom 11.02.2022

Aus WIKIPEDIA (aufgerufen am 13.02.2022, 17:55 Uhr):
https://de.wikipedia.org/wiki/Tagebau_Tur%C3%B3w

Tagebau Turów



Luftaufnahme von Tagebau und Kraftwerk Turów mit [Zittau](#) am unteren Bildrand



Tagebau Turów, Luftaufnahme (2019)



Tagebau Turów



Tagebau Turów



Tagebau Turów und [Kraftwerk](#)



Tagebau-Gesamtansicht von Süden

Der **Tagebau Turów**, offiziell *PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna S.A., Oddział KWB Turów*, ist ein [Braunkohlengroßtagebau](#) im Südwesten von [Polen](#). Er befindet sich östlich der [Lausitzer Neiße](#) auf dem Gebiet der Gemeinde [Bogatynia](#) (Reichenau in Sachsen). Betreiberin ist die [Polska Grupa Energetyczna](#).

□

Inhaltsverzeichnis

- [1 Ausdehnung](#)
- [2 Vorgeschichte](#)
- [3 Geschichte](#)
- [4 Bergschäden und Unglücksfälle](#)
- [5 Öffentlichkeitsarbeit](#)
- [6 Literatur](#)
- [7 Einzelnachweise](#)
- [8 Weblinks](#)

Ausdehnung

Das Grubengelände umfasst einschließlich der Abraum- und Aschenhalde eine Fläche von rund 50 km².

Der Tagebau Turów (polnisch *Kopalnia Węgla Brunatnego Turów*) erstreckt sich auf 28 km² im [Zittauer Becken](#) über das gesamte Terrain zwischen der Lausitzer Neiße und der [Küpper](#) (Miedzianka), er wird umgeben von den Orten [Bogatynia](#), [Opolno Zdrój](#) (Bad Oppelsdorf), [Białopole](#) (Sommerau), [Sieniawka](#) (Kleinschönau), [Drausendorf](#), [Hirschfelde](#) und [Turoszów](#) (Türchau). In der Grube Turów waren im Jahre 2004 ca. 1100 Arbeitnehmer beschäftigt, die Fördermenge des Tagebaus stellte mit 16,3 Millionen Tonnen 23 % der polnischen Braunkohlenförderung dar. In der Grube arbeiten zwölf große Schaufelradbagger, darunter

ein Bagger KWK-1500s mit einer Leistungsfähigkeit von 4200 m³/h, und vier Absetzer, darunter ein ZGOT-11500 mit einer Leistungsfähigkeit 11500 m³/h. Die Gesamtlänge der Förderbänder beträgt 79 km. Seit 1947 wurden im Tagebau Turów 842 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut und ca. 1,8 Milliarden Kubikmeter Abraum abtransportiert. Täglich werden 32.000 Tonnen Rohbraunkohle auf Förderbändern zum [Kraftwerk Turów](#) geliefert, das entspricht 16 Güterzügen mit 40 Waggons zu je 50 t. Die Kohlevorräte des Tagebaus Turów werden auf 373 Millionen Tonnen geschätzt, sie werden bei einer jährlichen Förderung von 12 Millionen Tonnen etwa im Jahre 2040 abgebaut sein. Bis dahin soll die Grube, die im Jahre 2003 eine Tiefe von 225 m erreicht hatte (entspricht in etwa Meeresniveau), noch bis auf 300 m Tiefe und 55 km² erweitert werden. In dem Tagebau werden auch Zuschlagstoffe sowie Lehm und Ton für die Keramikindustrie und chemische Industrie gefördert.

Die nordöstlich davon auf dem Königshainer Rücken angelegte Abraum- und Aschehalde (Koordinaten: [♠▼](#), polnisch *Zwałowisko zewnętrzne KWB Turów*) hat eine Ausdehnung von 21,75 km². Sie liegt zwischen den Orten Bogatynia, [Markocice](#) (Markersdorf), dem [devastierten Wigancice Żytawskie](#) (Weigsdorf), [Wyszków](#) (Maxdorf), [Działoszyn](#) (Königshain), [Zatonie](#) (Seitendorf) und Turoszów; im Südosten reicht sie bis in die Nähe der [tschechischen](#) Grenze. Auf der Halde lagern 1,7 Milliarden Kubikmeter Kippgut, sie hat eine maximale Höhe von 245 m über der Umgebung.

Durch den Braunkohlenabbau sind die Ortschaften Dornhennersdorf, [Biedrzychowice Górne](#) (Friedersdorf), Gießmannsdorf, [Rybarzowice](#) (Reibersdorf) und [Pasternik](#) (Zittel) vollständig verschwunden. Turoszów, Zatonie und Wigancice Żytawskie wurden ebenfalls fast gänzlich [devastiert](#). Auch Teile von Sieniawka, Bogatynia und [Wald](#) fielen dem Tagebau zum Opfer. In der Grube gingen das [Schloss Gießmannsdorf](#) und beide [Schlösser in Reibersdorf](#) sowie die Trasse der [Schmalspurbahn Zittau–Hermsdorf](#) von [Zittau](#) über Bogatynia nach Markocice verloren. Die Gegend ist im Luftbild als schmaler Streifen polnischen Hoheitsgebietes zwischen deutscher und tschechischer Grenze auszumachen; kennzeichnend ist dabei, dass weite Teile des Territoriums überhaupt als Grubengelände erkennbar sind. Im unmittelbar an der Lausitzer Neiße gelegenen Zittauer Ortsteil Drausendorf traten Gebäudeschäden auf, deren Ursache in dem Tagebau zu sehen sind, da dieser bis auf einen Schutzpfeiler an der Neiße in die unmittelbare Nähe der Stadt vorgerückt ist.

Im Zuge der geplanten Erweiterung werden auch Białopole und große Teile von Opolno Zdrój devastiert werden. Die bis in die 2000er Jahre noch über Białopole, Wald und Opolno Zdrój führende Straße von Sieniawka nach Bogatynia wurde inzwischen nochmals nach Süden bis an die tschechische Grenze verlegt.

Vorgeschichte

Nachdem in der Mitte des 18. Jahrhunderts in verschiedenen Orten bei Zittau Braunkohle aufgefunden worden war, beauftragte der Rat zu Zittau 1779 den [Freiberger](#) Schichtmeister Mehner mit der Aufsuchung von Kohle bei Kleinschönau und [Olbersdorf](#). Im Jahr darauf eröffnete der Bauer Weichenhain aus Seitendorf an der Küpper ein Braunkohlenwerk. Am 26. Mai 1800 wurde bei Türchau ein sechs Ellen starkes Braunkohlenflöz aufgefunden. 1802 ließ der Reibersdorfer Standesherr [Johann Georg von Einsiedel](#) bei Oppelsdorf einen Braunkohlentiefbau in Betrieb nehmen. Im Jahre 1830 wurden bei Zittau sechs Braunkohlenwerke betrieben, darunter drei Gräflich Einsiedelsche Gruben bei Gießmannsdorf, Oppeldorf und Türchau sowie Graf Clam-Gallassche Grube und die

Weichenhainsche Grube bei Seitendorf. Anfänglich fand die Braunkohle nur als Dünger Verwendung, erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie als Brennstoff genutzt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im Reichenauer Zipfel eine Vielzahl von kleinen Braunkohlenwerken, zumeist waren es Bauern, die auf ihrem Grund Kohlenschächte abteuften. Ein Großteil dieser Bauerngruben war aber bis 1870 schon wieder eingegangen. Als Gegengewicht zu den in der [Niederlausitz](#) bergbautreibenden größeren Aktiengesellschaften schlossen sich am 27. Februar 1899 21 Oberlausitzer Braunkohlenwerke im *Verein für bergbauliche Interessen der Braunkohlenwerke im Berginspektionsbezirk Dresden* zusammen. Zu den Mitgliedern des bis in die 1930er Jahre bestehenden Vereins gehörten u. a. die Braunkohlenwerke Burghardt, Josef Weichenhain bei Seitendorf, Reinhold Friedrich, Kober, Krusche, Pfeiffer, Seifert & Rolle, Robert Scholze, E. E. Scholze und Bührdel bei Reichenau, E. G. Heidrich, O. Heidrich, Max A. Posselt, Carl G. Posselt und Julius G. Posselt bei Türchau, Gute Hoffnung bei Zittel sowie Herkules und die Staatliche Bergdirektion bei Hirschfelde.

1904 ließ der Gutsbesitzer Ernst Heidrich aus Türchau auf dem ehemaligen Hennigschen Braunkohlenwerk drei Schächte in sechs bis zehn Meter [Teufe](#) niederbringen, er brachte im Jahr darauf seine Braunkohlenwerke in die Gewerkschaft Herkules ein. 1907 wurde die Gewerkschaft Herkules in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Nach der Anschaffung eines Abraumbaggers erfolgte der Übergang vom Tiefbau zum Tagebau. Die [Herkules AG](#) erwarb 1907 größere Lagerstätten in Hirschfelde, Seitendorf und Türchau, darunter auch das Weichenhainsche Braunkohlenwerk; sie ließ in Hirschfelde eine Brikettfabrik errichten. Am 1. Januar 1917 übernahm der sächsische Staat die Herkules AG, nachfolgend firmierte das Werk als Staatliches Braunkohlenwerk Hirschfelde. Im selben Jahr kaufte der Staatsfiskus auch das [Kraftwerk Hirschfelde](#) von der Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft zu [Berlin](#). Mit der Gründung der [Aktiengesellschaft Sächsische Werke](#) (ASW) gingen 1923 das Staatliche Braunkohlenwerk Hirschfelde und das Kraftwerk Hirschfelde in deren Besitz über. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Tagebau Hirschfelde vom Kraftwerk durch die neue [Oder-Neiße-Grenzlinie](#) abgetrennt und an die polnische Regierung übergeben. Verhandlungen einer sowjetisch-polnischen Kommission führten dazu, dass die Grube von deutscher Seite aus unter sowjetischer Aufsicht zur Versorgung des Kraftwerks Hirschfelde unter Einhaltung besonderer Bestimmungen weiter betrieben und die Kraftwerksasche auf polnischem Gebiet verkippt werden konnten. Am 30. Oktober 1945 beschlagnahmte die sowjetische Militärverwaltung das Betriebsvermögen der ASW. Die Kohle der Grube Hirschfelde wurde weiterhin ausschließlich an die Brikettfabrik und das Kraftwerk Hirschfelde geliefert. Jedoch bereiteten die neuen polnischen Behörden dem regulären Betrieb zunehmend Hindernisse. So wurden der Kohlenbahn nach Hirschfelde die üblichen rot-weißen Warnkennzeichen plötzlich untersagt, da diese Farben die polnischen Nationalfarben sind.

Geschichte

Am 16. August 1947 wurde der Tagebau Hirschfelde unter polnische Verwaltung gestellt und erhielt den polnischen Namen Kopalnia Turoszów. Die 300 deutschen Bergleute wurden entlassen und durch polnisches Personal ersetzt. Nach der Übernahme des Tagebaus in polnische Verwaltung erfolgte die Belieferung des Kraftwerks Hirschfelde nur noch unregelmäßig, so dass der Leiter der Verwaltung für Berg- und Hüttenwesen der [SMAD](#) am 30. September 1947 im Befehl Nr. 286 die Belieferung des Kraftwerks Hirschfelde mit Rohkohle aus der Kopalnia Turoszów und im Gegenzug die Lieferung von Strom aus Hirschfelde an die Republik Polen anordnete.

1962 wurde nördlich des Tagebaus der erste Block des neu errichteten [Kraftwerks Turów](#) in Betrieb genommen. Damit einher ging eine deutliche Vergrößerung des Tagebaus mit mehreren Ortsabbrüchen. Aufgrund der [politischen Ereignisse von 1980](#) in Polen kam es zu Unterbrechungen der Kohlelieferungen in die [DDR](#), auch wurde die Abnahme der deutschen Kraftwerksasche verweigert. Der Kohletransport zum Kraftwerk Turów erfolgte ab 1981 über Förderbänder. 1982 wurde die Belieferung des deutschen Kraftwerks Hirschfelde mit Rohbraunkohle gänzlich eingestellt.

1994 wurde dem Betreiberkonzern PGE Bergbau und Konventionelle Energetik AG (PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna S.A.) der Betrieb des Tagebaus bis zum April 2020 genehmigt.

Ein im Oktober 2019 vom Betreiber gestellter Antrag auf Verlängerung dieser Konzession für weitere sechs Jahre wurde genehmigt, ebenso ein später gestellter Antrag auf generelle Verlängerung der Förderung bis 2044. Dieses Vorgehen ist bei den Anrainerstaaten Deutschland und Tschechien nicht unumstritten. Das vom Tagebau belieferte Kraftwerk Turów gilt als größter Treibhausgas-Produzent in Polen und als achtgrößter Treibhausgas-Produzent Europas.^[1] Die Kohleförderung führt grenzüberschreitend neben der Lärm- und Staubbelastung zu einer großflächigen Grundwasserabsenkung und damit verbundenen Bodensenkungen, die bis in die historische Altstadt von [Zittau](#) hineinwirken. Tschechien befürchtet durch die Grundwasserabsenkungen bei Weiterführung des Abbaus gravierende Probleme für die Trinkwasserversorgung von bis zu 10.000 Einwohnern im Umfeld des Tagebaus.^[2] Tschechien hat deshalb im Februar 2021 gegen den bis 2026 genehmigten Weiterbetrieb des Tagebaus Klage beim [Europäischen Gerichtshof](#) eingereicht, da im Verfahren zur Verlängerung der Bergbaukonzession der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit in der Europäischen Union nicht korrekt angewandt wurde. Das betraf insbesondere die Information der an grenzüberschreitenden Konsultationen beteiligten Öffentlichkeit und Mitgliedstaaten sowie den Zugang zu Gerichten. Vorab hatte bereits die [Europäische Kommission](#) diese Einwände Tschechiens bestätigt.^[3]

Der Europäische Gerichtshof hat im Rahmen einer am 21. Mai 2021 veröffentlichten [Einstweiligen Anordnung](#) die sofortige Einstellung der Förderung bis zum endgültigen Urteil über die eingereichte Klage verfügt.^[4] Mehrere deutsche Umweltverbände kritisierten die Landesregierung von Sachsen, sie habe sich nicht dafür eingesetzt, dass sich Deutschland der Klage Tschechiens anschließt.^[5]

Der Ministerpräsident Polens, [Mateusz Morawiecki](#), erklärte zur Anordnung des EuGH, die Regierung werde „keine Schritte unternehmen, welche die Energiesicherheit Polens treffen könnten.“ Der Tagebau trage vier bis sieben Prozent der Energieerzeugung des Landes, unter anderem hänge der Betrieb von Schulen, Kliniken und Unternehmen von ihm ab. Der mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Konzern PGE, Betreiber von Tagebau und Kraftwerk, erklärte, es handele sich bei der Gerichtsentscheidung um „gewöhnliche Erpressung“. Ein Abbaustopp werde das polnische und europäische Energieversorgungssystem destabilisieren und könne zur Schließung der gesamten Anlage führen, zehntausende Einwohner der Region würden über Nacht ihre Einkommensgrundlage verlieren.^[6] Der Betreiber PGE hatte vorab mitgeteilt, dass im Fall einer Fördereinstellung ein Schaden von 13,5 Milliarden [Złoty](#) (etwa 3 Milliarden €) durch die Entlassung der Belegschaft, die Nichteinhaltung von Lieferverträgen und Pleiten bei Zulieferfirmen zu erwarten seien. Darüber hinaus sind laut PGE Umweltschäden zu erwarten.^[7]

Weil der Braunkohleabbau nicht gestoppt wurde, verurteilte der EuGH Polen im September 2021 zu einer Strafzahlung von 500.000 Euro in den EU-Haushalt für jeden weiteren Tag, an dem es der einstweiligen Anordnung vom Mai nicht nachkommt. Tschechien hatte im Juni eine Geldstrafe in Höhe von fünf Millionen Euro täglich beantragt. Der stellvertretende polnische Justizminister Romanowski erklärte daraufhin, man werde den Tagebau nicht schließen und die EU kein Geld erhalten.^[8] Am 3. Februar 2022 gab der Generalanwalt des Falles Tschechien Recht. Die beiden Länder unterzeichneten jedoch am gleich Tag einen Vertrag zur Einigung im Rechtsstreit. Der Bau eines Erdwalls zum Lärmschutz ist darin vereinbart und die Beendigung des Rechtsstreits.^[9]

Bergschäden und Unglücksfälle

Am Morgen des 27. September 2016 kam es zu einer Hangrutschung,^[10] die sich auf knapp ein Viertel der Tagebaufläche ausdehnte. Eine Gefährdung des „Neißepfeilers“ besteht nicht.^[11]

Öffentlichkeitsarbeit

Auf Antrag bei der Direktion besteht die Möglichkeit für Gruppenbesichtigungen. Im Saal des Direktionsgebäudes wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Grube eine kleine Ausstellung mit zehn Vitrinen geschaffen. An der Straße von [Trzciniec Dolny](#) (Lehde) nach Sieniawka entstand auf dem „Neißepfeiler“ ein Aussichtspunkt mit Blick in den Tagebau.

Literatur

- Friedhelm Schulz: *Drei Jahrhunderte Lausitzer Braunkohlenbergbau*. Lusatia Verlag, Bautzen 2000, [ISBN 3-929091-30-5](#).

Einzelnachweise

- 1 *Können Einwände den Turow-Bau stoppen?* Sächsische Zeitung vom 29. Januar 2019
- 2 *Angst vor der Grube hinter der Grenze* Neues Deutschland vom 13. Oktober 2020
- 3 *Turow: EU stellt sich gegen Polen* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) 18. Dezember 2020
- 4 *EuGH: Polen muss Turow schließen* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) vom 21. Mai 2021
- 5 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/eugh-urteil-polen-stopp-braunkohle-turow-100~amp.html>
- 6 <https://www.merkur.de/politik/trotz-eugh-beschluss-polen-will-an-tagebau-festhalten-zr-90657075.html>
- 7 *Welche Folgen hat sofortiges Turow-Ende?* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) vom 25. Februar 2021
- 8 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-tagebau-turow-schliessung-101.html>
- 9 <https://www.zeit.de/news/2022-02/03/eugh-polen-verstoest-wegen-braunkohleabbau-gegen-eu-recht>
- 10 [SZ-Online: Im Tagebau Turow rutscht ein Hang ein.](#)
- 11 [SZ-Online: Rutschung hat keine Auswirkung auf deutsche Seite.](#)

Weblinks



[Commons: Tagebau Turów](#) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Unternehmenswebsite](#)
- <http://www.atrakcjetechniki.karr.pl/de/seiten/1045.html>
- <http://www.ostkohle.de/html/turow.html>

Kategorien:

- [Braunkohletagebau](#)
- [Kohlebergwerk in Polen](#)
- [Gmina Bogatynia](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 4. Februar 2022 um 22:22 Uhr bearbeitet.

03) Im Riesengebirge herrschte Wind von Orkanstärke“

Auf der **Schneekoppe** (1602m) herrschte in der Nacht auf Sonntag orkanartiger Sturm. Er erreichte 185 Kilometer pro Stunde. Auf dem **Donnersberg** / Milešovka im Böhmisches Mittelgebirge und um die **Wiesenbaude** im Riesengebirge erreichte der Orkan, der auch in Böhmen und Mähren zahlreiche Schäden anrichtete, bis zu 145 Kilometer pro Stunde. Darüber informierte das Tschechische Hydrometeorologische Institut am Sonntag.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.17, 2022

Wien, am 01. Februar 2022

04) Am Beispiel Zwittau – wie Corona das kulturelle Leben zum Erlahmen brachte

Zwittau / Svitavy ist eine Kleinstadt in Ostböhmen, in der historischen Landschaft **Schönhengstgau** – ein berühmter Zwittauer ist [Oskar Schindler](#), der hunderte Juden vor dem sicheren Tod im KZ bewahrte Ihre heute rund 17.000 Einwohner haben einen sehr guten Zugang zu Kinofilmen, Konzerten oder Theaterstücken – wenn der Alltag normal verläuft. Dafür sorgt das dortige Kulturzentrum „*Fabrika*“, eine ehemalige Fabrikhalle. Jetzt aber, zu Ende des zweiten Corona-Jahres, ist die Ernüchterung groß: Das kulturelle Leben der Stadt ist in den zurückliegenden 23 Monaten nahezu erlahmt. [Hier geht es zum Radio Prag-Artikel.](#)

https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Schindler

<https://deutsch.radio.cz/corona-laesst-kulturelles-leben-den-regionen-erlahmen-das-beispiel-svitavy-8740895>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.19, 2022

Wien, am 03. Februar 2022

Corona lässt kulturelles Leben in den Regionen erlahmen – das Beispiel Svitavy

02.02.2022



https://deutsch.radio.cz/sites/default/files/audios/220e806335454bf43530d12e72f7ccc1.mp3?timestamp=1643811134&_ga=2.54583403.1705756394.1644879078-1928916042.1601410148

Länge 4:45

Svitavy|Foto: Jan Ptáček, Tschechischer Rundfunk

Svitavy / Zwittau ist eine Kleinstadt in Ostböhmen. Ihre rund 17.000 Einwohner haben einen sehr guten Zugang zu Kinofilmen, Konzerten oder Theaterstücken – wenn der Alltag normal verläuft. Dafür sorgt das dortige Kulturzentrum. Jetzt aber, zu Ende des zweiten Corona-Jahres, ist die Ernüchterung groß: Das kulturelle Leben der Stadt ist in den zurückliegenden 23 Monaten nahezu erlahmt.



Kulturzentrum Fabrika in Svitavy|Foto: Pavla Dvořáková, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Der Direktor des sogenannten Zentrums für kulturelle Dienste der Stadt Svitavy ist Petr Mohr. Er ist unzufrieden mit der aktuellen Finanzlage seiner Institution:

„Weil auch in diesem Winter die Ballsaison ausfällt, fehlt uns eine wichtige Einnahmequelle. Das war bereits im vergangenen Jahr so. Damit müssen wir fertigwerden, und daher sparen wir bei allen möglichen Ausgaben.“

Das Herzstück des Kulturzentrums ist eine ehemalige Fabrikhalle, die grundlegend saniert wurde und seit Ende Mai 2008 zu Bildungszwecken und kulturellen Veranstaltungen genutzt wird. Seitdem fanden hier sonst immer täglich Konzerte, Ausstellungen, Tagungen, Vorträge, Tanzkurse und eben Bälle statt. Dieses Programm aber war wegen Corona zuletzt stark ausgedünnt. Zudem kommen deutlich weniger Zuschauer ins Kino Vesmír, das ebenso ein Teil des Kulturzentrums ist. Dabei achte man darauf, den Besuchern auch die neuesten Blockbuster zu zeigen, so Mohr:

„Zum Beispiel den letzten Teil von ‚Ghostbusters‘, der Mitte Januar Premiere hatte. Die Besucherzahlen waren jedoch miserabel, nur fünf Menschen wollten den Film schauen.“



Der Film ist die Fortsetzung der amerikanischen Science-Fiction-Komödie Ghostbusters aus den 1980er Jahren.

Über ähnlichen Besuchermangel klagen laut Mohr aber noch viele weitere Kinos in Tschechien. Seinen Aussagen nach sieht es bei Konzerten oder Theateraufführungen aber auch nicht sehr viel besser aus: Jetzt im Winter, in der neuen Corona-Welle, würden besonders in den Regionen viele Menschen aus Angst vor einer möglichen Ansteckung ihre Kontakte reduzieren. Petr Mohr:

„Ich denke, diese Angst ist allgemein verbreitet. Niemand will ein Risiko eingehen. Eine gewisse Rolle spielen aber auch TV-Plattformen wie Netflix oder HBO, die Alternativen bieten. Die Menschen sind leider bequemer geworden.“



Illustrationsfoto: Luis Quintero, Pexels, CC0

Weil der Kartenvorverkauf derzeit nur schlecht läuft, hat das Kulturzentrum bereits mehrere Veranstaltungen auf das Frühjahr oder den Sommer verlegt. Die Veranstalter rechnen dann mit einer entspannten Corona-Lage. Und aus Erfahrung wisse er, dass jeder Krise auch wieder bessere Zeiten folgen, beteuert der Direktor:

„Ich erinnere mich an eine ähnliche Lage zu Beginn der 1990er Jahre. Nach der politischen Wende gingen die Menschen weder ins Kino, noch zu Konzerten oder Theateraufführungen. Es dauerte einige Jahre, bis sich dieser Zustand änderte. Von daher bin ich Optimist und glaube, dass wir die Pandemie überstehen werden und es danach nicht allzu lange dauern wird, bis die Menschen wieder ins Kino, ins Theater und zu Konzerten gehen.“



Petr Mohr|Foto: Zentrum für kulturelle Dienste der Stadt Svitavy

Seite 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Doch es gibt schon jetzt einen Hoffnungsschimmer: Es sind die Kinder, die einfach etwas erleben wollen, egal wie die Erwachsenen die Ansteckungsgefahr wahrnehmen. Für die jüngsten Einwohner der Stadt hat das Kulturzentrum darum das Programm im Januar wieder hochgefahren, wenn auch vorrangig nur an Wochenenden:

„Für Kinder führen wir jeden zweiten Sonntag im Theater Trám ein Märchen auf. Dazu bieten wir Schulprogramme an. Jedes Wochenende werden zudem im Kino Vesmír Kinderfilme gezeigt. Diese Vorstellungen sind besser besucht.“



Kino Vesmír|Foto: © Google

Zudem wird am Mittwoch im Kino Vesmír eine neue Ausstellung eröffnet. Anlass ist der zehnte Todestag von Václav Havel, und zwar wird an den Besuch des ehemaligen tschechischen Präsidenten in Svitavy vor 15 Jahren erinnert.

Autoren: [Lothar Martin](#) , Viera Pavlasová